

DREIEINHALB JAHRE REGIERUNG EVO MORALES UND WAHLKAMPFSTIMMUNG IN BOLIVIEN

ENTZAUBERTE REGIERUNG – ENTTÄUSCHENDE OPPOSITION

Susanne Käss



Susanne Käss ist
Auslandsmitarbeiterin
der Konrad-Adenauer-
Stiftung in
Bolivien.

Am 6. Dezember 2009 finden in Bolivien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Staatspräsident Evo Morales strebt die nach der neuen Verfassung einmalig mögliche direkte Wiederwahl an, die ihm sicher scheint. Erklärtes Ziel der Regierungspartei MAS (Movimiento al Socialismo) ist die Kontrolle des Senats und der Abgeordnetenversammlung. Man habe in den vergangenen dreieinhalb Jahren zwar die Regierung gestellt, nicht jedoch die Macht besessen aufgrund der Blockadehaltung der Opposition im Senat und in den Regionen.

Zur Wahl treten sieben Oppositionskandidaten an. Versuche, eine einzige Allianz als Alternative zu Evo Morales und zum MAS zu schmieden, sind gescheitert. Die Aufstellung zur Wahl macht deutlich, dass die traditionellen Parteien keine Rolle mehr spielen. Mit MAS und UN nehmen lediglich zwei politische Kräfte an den Wahlen teil, die auch im aktuellen Parlament vertreten sind. Die bolivianische Bevölkerung ist weiterhin tief gespalten, und es ist mit einem scharfen Wahlkampf zu rechnen.

Im vorliegenden Artikel wird kurz die Entwicklung der letzten Jahre nachgezeichnet, die die derzeitige Konfliktsituation in

Wenn die Bolivianer am 6. Dezember ihr Parlament und ihren Präsidenten neu wählen, kann Amtsinhaber Evo Morales trotz einer bislang desaströsen Amtsführung mit der Wiederwahl rechnen. Als der Führer des marxistisch-indigenistischen Movimiento Al Socialismo (MAS) 2005 die Macht in La Paz übernahm, versprach er neben der Einberufung einer Verfassergebenden Versammlung die Nationalisierung des Erdgassektors und die Verbesserung der Demokratie durch partizipative Elemente. Zwar kam die Versammlung, doch der Ausschluss der Opposition bei der Verabschiedung des Texts führte zum Massenprotest. Statt einer Politik für alle gab's Ideologie und den Hass auf das „alte Regime“, Patronage und Korruption, die Schwächung der Demokratie durch volksdemokratische Strukturen eines „plurinationalen“ Systems sowie, nicht zuletzt, den Abschwung der auf dem ohnehin instabilen Petrosektor fußenden Wirtschaft. Das Land ist tief gespalten. Dass der Präsident dennoch keine Abwahl fürchten muss, ist auch dem kläglichen Bild der Opposition zu danken, die weder einheitlich auftritt noch personell eine Alternative zu Evo Morales zu bieten vermag.

Bolivien erst verständlich macht. Im Anschluss wird eine Bilanz der dreieinhalb Jahre MAS-Regierung gezogen. Abschließend werden Kandidaten und Programme sowie die Ausgangsbedingungen und die Aussichten für die Wahlen im Dezember vorgestellt.

HINTERGRÜNDE

Die jüngere Geschichte Boliviens ist von Konflikten geprägt. Das 20. Jahrhundert zeichnete sich durch den ständigen Wechsel verschiedener Militärdiktaturen und einer demokratischen Phase der durch die Revolution eingeleiteten MNR-Regierungen von 1952 bis 1964 aus. Danach folgten mehrere zum Teil brutale Militärdiktaturen und der Übergang zu einer sehr instabilen Demokratie 1982. Die politischen Akteure bemühten sich anschließend, die Konflikte zu überwinden und die Regierbarkeit des Landes in einer *democracia pactada* zu gewährleisten, die auf der Fähigkeit der Parteien basierte, Kompromisse und tragfähige Pakte auszuhandeln. Bolivien, das lange Zeit als Paradebeispiel lateinamerikanischer Instabilität angeführt wurde, galt ab Mitte der achtziger und in den neunziger Jahren als vorbildlich und reformorientiert. Unter der ersten Regierung Sánchez de Lozada von 1993 bis 1997 wurden neben einer weit reichenden Verfassungsreform eine Reihe weiterer Reformen wie die Kapitalisierung von Staatsunternehmen, die administrative Dezentralisierung, eine Bodenreform, eine Wahlrechtsreform, eine Erziehungs- und eine Rentenreform durchgeführt. Von besonderer Bedeutung war die Einführung der *participación popular*, durch die den Kommunen eigene Haushalte und diverse Zuständigkeiten übertragen wurden. Diese Maßnahmen waren die Grundlage für eine stärkere Integration der vorher politisch marginalisierten Landbevölkerung. Die demokratische Wahl des ehemaligen Diktators Banzer 1997 führte zu einem Stillstand der Reformen und zu zunehmenden Konflikten aufgrund sich aufstauender Probleme und steigender Frustration über das politische Establishment. Es folgten Jahre heftiger politischer und sozialer Auseinandersetzungen mit teils bürgerkriegsähnlichem Charakter mit fünf Staatspräsidenten allein zwischen 2000 und 2005.

Schon bei den Wahlen 2002 kündigten sich die Marginalisierung einiger bisher großer Parteien und ein Erstarren neuer politischer Parteien und Gruppierungen an. Der MAS wurde zum Sammelbecken verschiedener Protestströmungen. Die

lange schwelende Parteienkrise fand bereits in der zweiten Regierung Sánchez de Lozada 2002 bis 2003 ihren Höhepunkt, in der es nur um die Ämtervergabe zwischen den Koalitionspartnern und kaum noch um Inhalte ging. Evo Morales wurde 2005 im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit und einer Rekordwahlbeteiligung zum Präsidenten gewählt. Viele Wähler stimmten in erster Linie nicht unbedingt für Evo Morales und den MAS, sondern gegen das politische Establishment. Das nicht nur auf indigene Gruppen beschränkte Gefühl der politischen und/oder sozioökonomischen Ausgeschlossenheit trug entscheidend zum Wahlergebnis bei. Es greift zu kurz, Morales' Wahlerfolg nur mit der politischen Emanzipation der indigenen Bevölkerung zu erklären, da er aus allen Bevölkerungsschichten Zustimmung erfuhr.

Viele Wähler stimmten in erster Linie nicht unbedingt für Evo Morales und den MAS, sondern gegen das politische Establishment.

Die Wahlen 2005 bedeuteten das Ende des traditionellen Parteiensystems. Nach der Wahl waren außer dem stark reduzierten MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario) alle traditionellen Parteien von der politischen Bühne verschwunden; MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionario), NFR (Nueva Fuerza Revolucionaria) und UCS (Unión Cívica Solidaridad) verloren sogar den Status einer rechtlichen Körperschaft. ADN (Acción Nacionalista Democrática), MIR und UCS traten zu den Wahlen gar nicht erst an. ADN-Expräsident Jorge Quiroga gründete die Bündnispartei PODEMOS (Poder Democrático Social), um dem MAS etwas entgegensetzen zu können. MIR-Politiker traten mit der neu gegründeten UN (Unidad Nacional) an, um sich als Mitte zwischen MAS und PODEMOS zu profilieren.

DREIEINHALB JAHRE REGIERUNG MORALES: VERSPRECHUNGEN UND FAKTEN

Leider ist es dem Präsidenten nicht gelungen, seine aus den Wahlen 2005 resultierende hohe Legitimität für eine einende und vorwärtsgewandte Politik zu nutzen. Er hat sein Wahlversprechen von 2005, eine Politik für alle Bolivianer zu machen, nicht eingelöst. Die Rhetorik der Regierung zur Hervorhebung der Inhalte des von ihr propagierten Sozialismus des 21. Jahrhunderts arbeitet mit Feindbildern. Die Machtübernahme wird als erster Schritt eines historischen Transformationsprozesses (*proceso de cambio*) verstanden, der das Ziel hat, die Machtstellung der lange unterdrückten Bevölkerungsschich-

Morales hat sein Wahlversprechen von 2005, eine Politik für alle Bolivianer zu machen, nicht eingelöst.

ten zu stärken und sich so gegen die traditionellen Eliten durchzusetzen.

IDEOLOGIE DER REGIERUNGSPARTEI

Der MAS wurde bereits 1987 als politischer Arm der Gewerkschaft der Kokabauern gegründet, blieb jedoch lange Zeit relativ bedeutungslos. Vor den Wahlen 2002, bei denen er zur zweitstärksten politischen Kraft wurde, war er Ausdruck des Protestes gegen das Establishment und somit Auffangbecken für verschiedenste antisystemische soziale Bewegungen und Gruppierungen. Somit ist der MAS im strengen Sinne auch keine politische Partei, sondern ein Zusammenschluss zahlreicher Organisationen: Vor der Wahl 2005 schloss er Abkommen mit rund hundert Akteuren der Zivilgesellschaft. Die indigene Frage begann erst im Wahlkampf 2005 eine übergeordnete Rolle zu spielen. Das Resultat ist ein breiter Ideologiemix aus marxistischen Ideen, gekoppelt mit einer Verherrlichung der vorkolonialen Gesellschaftsformen und Traditionen, einer Zurückweisung der Globalisierung und der Verteufelung jeder Form von Neoliberalismus. Die Ideologie spielt im politischen Tagesgeschäft eine übergeordnete Rolle und lässt praktische Probleme und Herausforderungen in den Hintergrund treten.

VERFASSUNGSPROZESS

Der Verfassungsprozess beherrschte die ersten drei Jahre der Regierung Morales.

Das wohl wichtigste Wahlversprechen des MAS war die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, in der alle indigenen Völker Boliviens vertreten sein sollten. Der Verfassungsprozess beherrschte die ersten drei Jahre der Regierung Morales. Die Verfassungsgebende Versammlung trat erstmals am 6. August 2006 zusammen. Die 255 Abgeordneten entstammten den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten und Völkern, die meisten unter ihnen hatten keine parlamentarische Erfahrung. Der MAS verfügte mit 127 Abgeordneten über eine einfache Mehrheit, PODEMOS stellte mit 60 Abgeordneten die zweitstärkste Kraft. Insgesamt waren 16 politische Parteien und Gruppierungen in der Verfassungsgebenden Versammlung vertreten. Dieser einmalige Prozess in der Geschichte Boliviens wurde von der Bevölkerung zunächst mit großem Enthusiasmus aufgenommen. Man erhoffte sich die Ausarbeitung eines von allen Bolivianern mitgetragenen Verfassungstextes als Basis für einen

Prozess der Aussöhnung nach den konfliktreichen letzten Jahren. Das Ergebnis war ernüchternd. Trotz massiver finanzieller und zeitlicher Ressourcen konnten in den Ausschüssen kaum Einigungen erzielt werden. Der MAS versuchte daraufhin, die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass statt einer Zweidrittelmehrheit eine einfache Mehrheit zur Annahme des Verfassungsentwurfes ausreichen würde, konnte sich aber nicht durchsetzen. Im Dezember 2007 wurde der MAS-Verfassungsentwurf in irregulärer Weise unter Ausschluss der Opposition verabschiedet, was zu massiven Protesten führte. Nachdem es 2008 im Rahmen des Konfliktes zwischen der Regierung und den oppositionellen Regionen zu mehreren gewaltsamen Konflikten gekommen war, bemühten sich beide Lager um einen konstruktiven Dialog. Eine parlamentarische Kommission verhandelte über einige der strittigen Passagen im Verfassungstext, der entsprechend leicht verändert wurde. Am 25. Januar 2009 wurde dieser Verfassungsentwurf in einem Referendum mit 61,43 Prozent der Stimmen angenommen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass er in den MAS-treuen Hochlanddepartements breite Zustimmung erfuhr und in den Tieflanddepartements Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando abgelehnt wurde. Die Legitimität der Verfassung ist demzufolge sehr gering. Sowohl der Verfassungsprozess als auch die ersten Diskussionen über die Ausführungsgesetze haben die grundlegenden Konfliktlinien der bolivianischen Gesellschaft wieder an die Oberfläche gebracht.

Am 25. Januar 2009 wurde der Verfassungsentwurf in einem Referendum mit 61,43 Prozent der Stimmen angenommen.

Die Verfassung kennzeichnet Bolivien als plurinationalen Staat von 36 gleichberechtigten Nationen. Das Konzept der Plurinationalität zieht sich durch den gesamten Verfassungstext. Indigenen ursprünglichen ländlichen Gemeinden (*comunidades indígenas originarias campesinas*) werden bestimmte Sonderrechte eingeräumt, so z.B. das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, das auch tief reichende Rechte über Naturressourcen mit einschließt. Indigenen Minderheiten soll durch spezielle Wahlkreise die Repräsentation im neuen Parlament, der Plurinationalen Legislativen Versammlung (*Asamblea Legislativa Plurinacional*), garantiert werden. Das Plurinationale Verfassungsgericht, der Plurinationale Oberste Gerichtshof sowie das in der neuen Verfassung zur vierten Gewalt avancierte Plurinationale Wahlorgan müssen mit einer bestimmten Quote von Indigenen besetzt sein. Das traditionelle indigene Recht steht hierarchisch mit

der ordentlichen Gerichtsbarkeit auf einer Stufe und es ist völlig unklar, wie diese Verfassungsnorm umgesetzt werden soll. Was passiert, wenn traditionelle Formen der Rechtsprechung, z. B. die Lynchjustiz, die in der gleichen Verfassung verankerten Menschenrechte verletzen? Nach welchem Rechtssystem wird entschieden, wenn in einer Gemeinde sowohl Angehörige eines bestimmten indigenen Volkes sowie Bürger leben, die keiner oder einer anderen traditionellen Kultur angehören? Weiterhin führt die neue Verfassung vier Formen von Autonomien

Nach welchem Rechtssystem wird entschieden, wenn in einer Gemeinde sowohl Angehörige eines bestimmten indigenen Volkes sowie Bürger leben, die keiner oder einer anderen traditionellen Kultur angehören?

ein: die departamentale, die regionale, die kommunale und die indigene ursprüngliche ländliche. Alle Autonomien haben die gleiche Hierarchie. Die Kompetenzverteilung ist in der Verfassung nur unzureichend geregelt. Dezentralisierungsexperten halten das Modell für nicht praktikabel. Nach der Verfassung kann der Präsident einmalig wiedergewählt werden. Evo Morales strebte die Verankerung unbegrenzter Wiederwahlmöglichkeiten für den Staatspräsidenten an, aber die Opposition stellte sich dagegen.

Mit der Verfassungsgebung fügt sich Bolivien einem lateinamerikanischen Trend der letzten Jahre. Seit 1990 wurden insgesamt sieben neue Verfassungen und 239 Verfassungsänderungen verabschiedet. Sie dienen als Instrument der politischen Mobilisierung in Gesellschaften, in denen die Politikverdrossenheit und die Unzufriedenheit mit traditionellen Formen der Politik stark ausgeprägt sind. Die bolivianische Verfassung ist mit 411 Artikeln nach der ecuadorianischen mit 444 die zweitumfangreichste Lateinamerikas. Die Grenzen zwischen normaler Gesetzgebung und Verfassungsgesetzgebung verwischen sich. Experten sprechen von Verfassungspopulismus, da die zahlreichen Versprechungen der Verfassung in der Realität kaum umzusetzen seien. In der Bevölkerung scheint das Vertrauen zu herrschen, dass durch eine Verfassungsänderung zwangsläufig auch ein realer Änderungsprozess einsetzt. Die wahre Herausforderung sollte nicht unbedingt in der Verabschiedung immer verheißungsvollerer Verfassungen bestehen, sondern in der konsequenten Umsetzung derselben. Der MAS hat sein Versprechen zur

Der MAS hat sein Versprechen zur Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung zwar eingelöst, aber das angestrebte Ziel einer Befriedung der Konflikte wurde nicht erreicht.

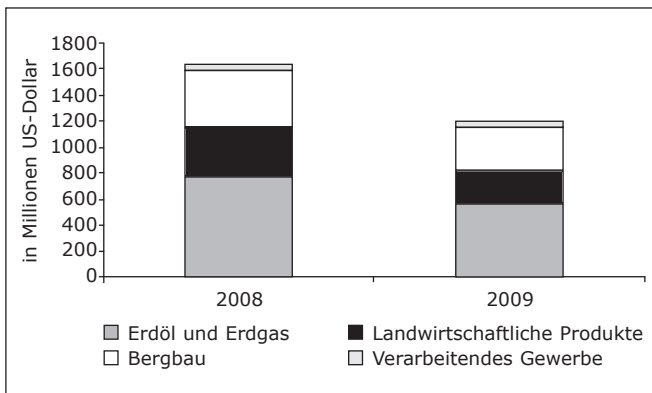
Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung zwar eingelöst, aber das angestrebte Ziel einer Befriedung der Konflikte wurde nicht erreicht. Der Verfassungstext selbst wurde in einem verfassungswidrigen Verfahren

verabschiedet und weist zahlreiche Ungereimtheiten und Widersprüche auf.

WIRTSCHAFT

Hauptwahlversprechen des MAS im wirtschaftlichen Bereich war die Nationalisierung des Erdgassektors, die 2006 auch durchgeführt wurde. Alle Bolivianer sollten Anteil an den Bodenschätzen des Landes haben. Die Wohlstandsvision der Regierung ist auf die Bodenschätze ausgerichtet. Dabei wird übersehen, dass es sich um extrem unsichere Sektoren handelt, was durch die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise im ersten Trimester 2009 erstmals spürbar wurde. Der Export von Erdöl und Erdgas macht die Hälfte der gesamten Exporte aus.

Exporte nach Sektoren



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des *Informe de Milenio sobre la Economía* Nr.27, August 2009.

Der starke Rückgang des Exportwertes für Erdgas und Erdöl ist einerseits auf die gefallen Weltmarktpreise und andererseits auf das gesunkene Produktionsvolumen zurückzuführen. Die staatliche Erdgas- und Erdölfirma YPFB (Yacimientos Petrolíferos Bolivianos) hat es in den letzten Jahren versäumt, produktionssteigernde Investitionen vorzunehmen. Demzufolge hat Bolivien mit Lieferschwierigkeiten zu kämpfen und kann die Verträge mit den Hauptabnehmerländern Brasilien und Argentinien nicht erfüllen. Brasilien strebt Unabhängigkeit im Energiesektor an und hat bereits angekündigt, in wenigen Jahren auf den Import bolivianischen Erdgases verzichten zu können. YPFB gehört zu den defizitären Staatsunternehmen und hat im ersten Trimester 2009 einen

YPFB gehört zu den defizitären Staatsunternehmen und hat im ersten Trimester 2009 einen Verlust von 62 Millionen US-Dollar zu verzeichnen.

Verlust von 62 Millionen US-Dollar zu verzeichnen.¹ Dies ist auf steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen zurückzuführen. Die Ausgaben z. B. für Personal sind zwischen 2007 und 2009 um 56 Prozent gestiegen. 53 Prozent der

Staatseinnahmen Boliviens stammten im ersten Trimester 2009 aus dem Verkauf von Erdgas und Erdöl sowie Steuern, die in diesem Sektor abgeschöpft werden.² Dadurch wird die hohe Abhängigkeit der öffentlichen Hand von einem einzigen Wirtschaftszweig deutlich. Das Defizit von YPFB ist unter anderem darin begründet, dass der Staat fast keine Gewinne im Unternehmen belässt, sondern diese für die Deckung von über der Hälfte der laufenden Ausgaben verwendet. Regierungspolitiker haben wiederholt betont, Bolivien sei vor der Krise sicher. Allerdings ist das Wachstum des BIP im ersten Trimester 2009 (2,1 Prozent) im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres (6,15 Prozent) stark zurückgegangen. Die Hälfte des Wachstums wird dabei von einem einzigen Unternehmen getragen: Der Bergbaufirma San Cristóbal.³

Die Außenwirtschaftspolitik der Regierung Morales ist hoch ideologisiert. Seit Dezember 2008 erfährt Bolivien nicht mehr die Zollvergünstigungen aus dem Andean Trade Promotion and Drug Erradication Act, den die USA mit der Andengemeinschaft geschlossen haben. Die USA werfen Bolivien vor, im Kampf gegen die Drogen gescheitert zu sein. Bolivien ging auf das Angebot von Neuverhandlungen durch die USA nicht ein. Besonders betroffen von der Aufkündigung dieses Vertrages ist die Textil- und Manufakturbranche. Die Regierung will die Verluste durch den Handel im Rahmen des Freihandelsvertrages mit den ALBA-Staaten auffangen, was Experten allerdings für unmöglich halten. Bolivien blockierte ebenfalls die 2007 initiierten Verhandlungen der EU mit der Andengemeinschaft über ein Freihandelsabkommen. Die EU verhandelt nun mit Peru, Kolumbien und Ecuador bilateral.

Diese Politik hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. In den letzten Jahren sind hauptsächlich Stellen im öffentlichen Sektor geschaffen worden, wenige jedoch im produktiven Bereich.

Diese Politik hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. In den letzten Jahren sind hauptsächlich Stellen im öffentlichen Sektor geschaffen wor-

1 | Fundación Milenio (2009): *Informe de Milenio sobre la Economía*, La Paz.

2 | Ebd. S.44.

3 | Ebd. S.2.

den, wenige jedoch im produktiven Bereich. Während es kaum vertrauenswürdige offizielle Daten gibt, wird die Arbeitslosigkeit von unabhängigen Stellen auf ca. zehn Prozent geschätzt, ohne dabei die Probleme von Unterbeschäftigung und der Arbeitsqualität zu berücksichtigen. Es ist mit einem verstärkten Druck auf den Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten zu rechnen, da immer mehr Migranten aufgrund der Wirtschaftskrise aus den Gastländern nach Bolivien zurückkehren.

Die Investitionen sind im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum selben Zeitraum im Vorjahr um 40 Prozent zurückgegangen.⁴ Im privaten Sektor ist dies auf die fehlende Rechtsicherheit und die Unsicherheit darüber zurückzuführen, welche Folgen die Implementierung der neuen Verfassung für das Privateigentum und die Ausbeutung von Bodenschätzen haben wird. Der öffentliche Sektor hat im ersten Quartal 2009 lediglich 3,4 Prozent des für öffentliche Investitionen vorgesehenen Budgets umgesetzt,⁵ was Rückschlüsse auf die Ineffizienz der öffentlichen Verwaltung zulässt.

Die Regierung von Evo Morales trat mit dem Versprechen an, die Armutsbekämpfung zur Priorität zu machen und ein gerechtes Wirtschaftssystem einzuführen. Die Regierung führt die wirtschaftlichen Probleme des Landes auf den Neoliberalismus zurück und möchte stattdessen eine Sozial-Gemeinschaftliche Wirtschaftsordnung (*Economía Social Comunitaria*) etablieren. Zur Armutsbekämpfung werden vor allem direkte Geldtransfers an Bedürftige gezahlt, darunter die *Renta Dignidad* an ältere Menschen und der *Bono Juncito* für Kinder, die regelmäßig die Grundschule besuchen. Im Wahljahr 2009 wurden drei weitere direkte Geldtransfers eingeführt: Eine Einmalzahlung an alle öffentlichen Angestellten von ca. 150 US-Dollar, eine Einmalzahlung an alle Veteranen des Chaco-Krieges von ca. 270 US-Dollar und der *Bono Juana Azurduy de Padilla*, der es schwangeren Frauen ermöglichen soll, die Vorsorgeuntersuchungen sowie die Ernährung des Babys in den ersten zwei Lebensjahren zu finanzieren.

Zur Armutsbekämpfung werden vor allem direkte Geldtransfers an Bedürftige gezahlt.

4 | Ebd. S.80.

5 | Ebd. S.82.

DROGENPROBLEMATIK

Im Wahlprogramm des MAS von 2005 wird das Ziel einer Kommerzialisierung traditioneller Kokaprodukte genannt. Die Drogenproduktion und der Drogenhandel sollten allerdings strikt bekämpft werden. Nach Daten der Vereinten Nationen ist die Anbaufläche von Koka von 25400 Hektar im Jahre 2006 auf 30500 Hektar 2008 angestiegen. Im laufenden Jahr soll sich die Fläche weiter stark vergrößert haben. Das bolivianische Gesetz 1008 legt als Höchstgrenze für den Kokaanbau eine Fläche von 12000 Hektar fest. Bolivien ist nach Kolumbien und Peru der drittgrößte Kokainproduzent weltweit.

Evo Morales ist weiterhin oberster Gewerkschaftsführer der Kokabauern.

Evo Morales ist weiterhin oberster Gewerkschaftsführer der Kokabauern. Im November 2008 wies die bolivianische Regierung die amerikanische DEA (Drug Enforcement Agency) aus dem Land aus, da diese angeblich in Spionagetätigkeiten verwickelt gewesen sei. USAID wurde im Juni 2008 von Kokabauern aus der Kokaanbauregion Chapare vertrieben, wo die Organisation Projekte zum alternativen Anbau durchgeführt hatte.

Im September 2009 bewerteten die USA Bolivien im zweiten Jahr in Folge negativ und so landete Bolivien zusammen mit Venezuela und Birma auf der schwarzen Liste der Länder, die nicht mit der internationalen Gemeinschaft kooperieren, um den Drogenhandel einzudämmen.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Eines der wichtigsten Wahlversprechen des MAS war das des unerbittlichen Kampfes gegen die Korruption, die als eines der größten Probleme des traditionellen Systems angesehen wurde. Nach Regierungsantritt gründete der MAS ein Vizeministerium der Transparenz und des Kampfes gegen die Korruption (Viceministerio de Transparencia y Lucha contra la Corrupción), das danach in ein eigenes Ministerium umgewandelt wurde. Trotzdem kann sich die Regierungspartei vor Korruptionsskandalen nicht retten. Ende der neunziger Jahre wurde in Bolivien eine Reform des öffentlichen Dienstes durchgeführt, die transparente Prozesse der Personalauswahl einführte. Der MAS hat seit 2006 allerdings zahlreiche Angestellte des öffentlichen Dienstes durch Parteimitglieder und Sympathisanten ausgetauscht. Besonders augenscheinlich wird diese Praxis im Außenministerium und im diplomatischen Corps, wo verdienten Berufsdiplomaten nach der Rückkehr von einer Mission nach Bolivien keine Anstellung mehr

angeboten wird, da alle Stellen bereits mit neuem Personal besetzt sind. Anfang 2009 erschütterte ein Korruptionsskandal in YPFB das Land. Das Dekret 27328 aus dem Jahr 2004 regelt jegliche Prozesse der öffentlichen Vergabe von Aufträgen. Um den wichtigsten Staatskonzern YPFB flexibler zu machen, unterzeichnete Staatspräsident Evo Morales im April 2008 jedoch das Dekret 29506, das es YPFB ermöglichte, Aufträge für Infrastrukturmaßnahmen, Sachleistungen und Dienstleistungen direkt und ohne öffentliche Ausschreibungen zu vergeben. YPFB schloss daraufhin einen Vertrag über den Bau einer Fabrik zur Extraktion und Verarbeitung von Erdgas mit der argentinisch-bolivianischen Firma Catler Uniservice über 86 Millionen US-Dollar ab. Der Geschäftsführer dieser Firma, Jorge O'Connor, wurde im Januar 2009 ermordet und um 450 000 US-Dollar beraubt, die er kurz zuvor von dem Konto der Firma Uniservice abgehoben hatte. Im Augenblick des Mordes wollte er gerade ein Haus betreten, das der Familie der Frau des YPFB-Geschäftsführers und hohen MAS-Funktionärs Santos Ramírez gehört. Santos Ramírez wurde aufgrund der Korruptionsvorwürfe gegen ihn seines Amtes enthoben. Sein Nachfolger, Carlos Villegas, ist der sechste Verantwortliche von YPFB in drei Jahren.

Um den wichtigsten Staatskonzern YPFB flexibler zu machen, unterzeichnete Staatspräsident Evo Morales im April 2008 jedoch das Dekret 29506, das es YPFB ermöglichte, Aufträge für Infrastrukturmaßnahmen, Sachleistungen und Dienstleistungen direkt und ohne öffentliche Ausschreibungen zu vergeben.

Immer wieder werden Vorwürfe gegen Funktionäre der Regierungspartei laut, Stellen im öffentlichen Dienst zu verkaufen. Die Regierung versichert, solche Praktiken mit aller Macht zu bekämpfen.

ENTWICKLUNG DER DEMOKRATIE

Der MAS beansprucht für sich, durch die Einführung von Elementen der partizipativen Demokratie und seiner Politik der Neugründung und des Wandels die Qualität der Demokratie in Bolivien zu verbessern. Nichtsdestoweniger landet Bolivien im diesjährigen Demokratieindex für Lateinamerika IDD-Lat von 18 untersuchten Ländern auf dem letzten Platz.⁶

Ein Grund dafür ist die Krise demokratischer Institutionen, in erster Linie der Justiz. Die Regierung sieht in den beste-

6 | Polilat/Konrad-Adenauer-Stiftung (2009): *Índice de Desarrollo Democrático de América Latina IDD-LAT 2009*, Buenos Aires.

henden Institutionen Überbleibsel des alten Systems, die es nicht zu respektieren und teilweise sogar zu bekämpfen gilt.

Erstes Angriffsobjekt nach der Regierungsübernahme im Jahr 2006 war das Verfassungsgericht.

Erstes Angriffsobjekt nach der Regierungsübernahme im Jahr 2006 war das Verfassungsgericht. Auf Anregung der Regierung wurde gegen vier Verfassungsrichter wegen Vergehen im Rahmen der Richtertätigkeit prozessiert. Die Opposition warf der Regierung vor, sie habe lediglich Vorwände gesucht, um sich der nicht MAS-treuen Richter zu entledigen. Weiterhin kam es in der Vergangenheit wiederholt zu Drohungen gegen Richter und deren Angehörige, um diese zum Rücktritt zu bewegen. Die Strategie war erfolgreich und das Verfassungsgericht verfügte ab November 2007 über kein Quorum mehr. Nach Artikel 21 des Verfassungsgerichtsgesetzes muss innerhalb von 30 Tagen nach dem Ausscheiden eines Richters vom Nationalkongress ein Nachfolger bestimmt werden, was jedoch in keinem Fall geschah. Die letzte noch amtierende Verfassungsrichterin Silvia Salame reichte am 25. Mai 2009 ihr Rücktrittsgesuch ein. Der Vizepräsident Álvaro García Linera wies den Vorschlag der Richterin zurück, ein Übergangs-Verfassungsgericht einzusetzen. Im Moment befindet sich Bolivien gewissermaßen in einem Vakuum zwischen neuer und alter Verfassung. Obwohl die neue Verfassung schon in Kraft ist, kann sie erst nach Inkrafttreten der Ausführungsgesetze ihre Wirkung entfalten. Laut Vizepräsident müssten die neuen Verfassungsrichter vom Volk gewählt werden, da die neue Verfassung bereits Gültigkeit besitzt. Verfassungsrechtlern zufolge kann aufgrund der in der Charta Magna festgelegten Fristen das neue Plurinationale Verfassungsgericht frühestens Mitte 2011 seine Tätigkeit aufnehmen. Das Fehlen eines Organs, das Verfassungskontrolle ausübt und über die Verfassungsmäßigkeit verabschiedeter Normen wacht, hat fatale Folgen für den bolivianischen Rechtsstaat und ganz besonders natürlich in einem Prozess der Verfassungsgebung und -implementierung. Seit Mitte Mai 2009 ist auch der Oberste Gerichtshof ohne Quorum.

Ein weiterer beunruhigender Punkt ist die fehlende Rechtssicherheit in Bolivien. Peru gewährte drei angeklagten ehemaligen Ministern der zweiten Regierung von Sánchez de Lozada politisches Asyl, da sie nach Meinung des Nachbarlandes in Bolivien nicht mit einem fairen Prozess rechnen können.

Ebenso sind immer wieder Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit zu verzeichnen. Journalisten, die den Präsidenten-

ten öffentlich kritisierten, sind teilweise von MAS-Anhängern tätlich angegriffen worden. Die Toleranz gegenüber Andersdenkenden ist in der Regierung sehr schwach ausgeprägt. Wer sich kritisch über die Regierungspolitik äußert, wird als Neoliberaler beschimpft. Im März 2009 stürmten Hunderte von Dorfbewohnern das Haus des ehemaligen Vizepräsidenten Victor Hugo Cárdenas in der Aymaragemeinde Huatajata, verwüsteten es, schlugen seine Frau und seine Kinder krankenhaushausreif und vertrieben sie. Als Grund gaben die Anführer an, dass Victor Hugo Cárdenas sich gegen die neue Verfassung und somit gegen die Interessen der indigenen Bevölkerung gestellt habe. Im Mai dieses Jahres wurde der Indigenenführer Marcial Fabricano von Dorfbewohnern im Tiefland brutal ausgepeitscht, weil er ebenfalls gegen die neue Verfassung gestimmt hatte.

Die Toleranz gegenüber Andersdenkenden ist in der Regierung sehr schwach ausgeprägt. Wer sich kritisch über die Regierungspolitik äußert, wird als Neoliberaler beschimpft.

Die Regierung erkennt die Notwendigkeit unabhängiger Institutionen und eines Systems der *Checks and Balances* nicht an. Ihrem Verständnis zufolge ist die Demokratie dann erreicht, wenn das Volk an der Macht ist. In den vergangenen dreieinhalb Jahren sei dies nicht der Fall gewesen, da die reaktionäre und volksfeindliche Opposition noch zu viel Macht innegehabt habe. Der MAS strebt deswegen bei den Wahlen im Dezember eine Zweidrittelmehrheit in der Abgeordnetenkammer und im Senat an, um die Legislative zu kontrollieren. Eine Kontrolle der Judikative erhofft sich die Partei durch die in der neuen Verfassung festgelegte direkte Wahl der wichtigsten Richter. So führte Evo Morales in einer Rede aus Anlass des Gründungsjubiläums des MAS am 28. März 2009 an: „Wir träumen davon, bei den nächsten Wahlen mit mehr als 70 Prozent zu gewinnen, Brüder und Schwestern, und wir sind nicht weit davon entfernt. Stellt euch vor, wenn wir die Mehrheit im Senat haben, die Mehrheit in der Abgeordnetenkammer und somit die Mehrheit in der Asamblea Plurinacional Legislativa, dann wird alles verabschiedet werden, was das Volk will.“⁷ Auf einem Parteitag am 8. August gab Evo Morales bekannt, ein politisches Programm für die nächsten 50 Jahre vorstellen zu wollen. „Unser Ziel ist ein Regierungsprogramm nicht nur für fünf oder

Eine Kontrolle der Judikative erhofft sich die Partei durch die in der neuen Verfassung festgelegte direkte Wahl der wichtigsten Richter.

zehn Jahre, sondern für die nächsten 50 Jahre, um die Macht des Volkes zu garantieren.“⁸

WAHLPANORAMA 2009

Neben Evo Morales gibt es sieben weitere Anwärter auf das Präsidentenamt. Die letzten Tage vor der Abgabefrist der Listen an das Oberste Wahlgericht, die am 7. September um 24.00 Uhr ablief, waren voller Überraschungen. So zog beispielsweise der bis vor wenigen Wochen als aussichtsreichster Oppositionskandidat geltende ehemalige Vizepräsident Victor Hugo Cárdenas seine Kandidatur zurück. Ihm gleich tat es der PODEMOS-Vorsitzende und Ex-Präsident Jorge Quiroga. Grund für diese beiden Rückzüge war die geschickte Strategie des Kandidaten Manfred Reyes Villa, der es verstand, Allianzen zu schmieden und den anderen Kandidaten die als sicher erwartete Unterstützung zu entziehen. Zeitweise waren 13 Kandidaten für das Präsidentenamt im Rennen – bei einer Wählerschaft von ca. 3,8 Millionen.

AUSGANGSBEDINGUNGEN

Die Ausgangsbedingungen vor der Wahl sind für die Oppositionskandidaten alles andere als einfach. Die finanziellen Wahlkampfmöglichkeiten könnten zwischen MAS und seinen

Widersachern unterschiedlicher nicht sein. Das

Das erste formelle Parteiengesetz aus dem Jahr 1999 sah staatliche Parteienfinanzierung vor, diese wurde auf Anregung der Regierung im Jahr 2007 jedoch abgeschafft.

erste formelle Parteiengesetz aus dem Jahr 1999 sah staatliche Parteienfinanzierung vor, diese wurde auf Anregung der Regierung im Jahr 2007 jedoch abgeschafft. Es wird vermutet, dass es direkte Geldflüsse von Venezuela

an Evo Morales gibt, die in keinem offiziellen Budget auftauchen. Man spekuliert, dass diese Gelder über die venezolanische Botschaft in Bolivien direkt an die Agentur „Evo Cumple“⁹ weitergeleitet werden, die sich um den Wahlkampf und das politische Marketing des Präsidenten kümmert. Die Opposition befürchtet, dass es sich um immense Summen handelt, die es Evo Morales ermöglichen, politischen Freunden Geldgeschenke zu machen und Wählerstimmen auf dem Land durch populistische Projekte zu kaufen. Interessant ist vor diesem Hintergrund der kürzlich vom Staatspräsidenten geäußerte Vorwurf, USAID würde den Wahlkampf der Opposi-

8 | *La Razón*, 9. August 2009, eigene Übersetzung.

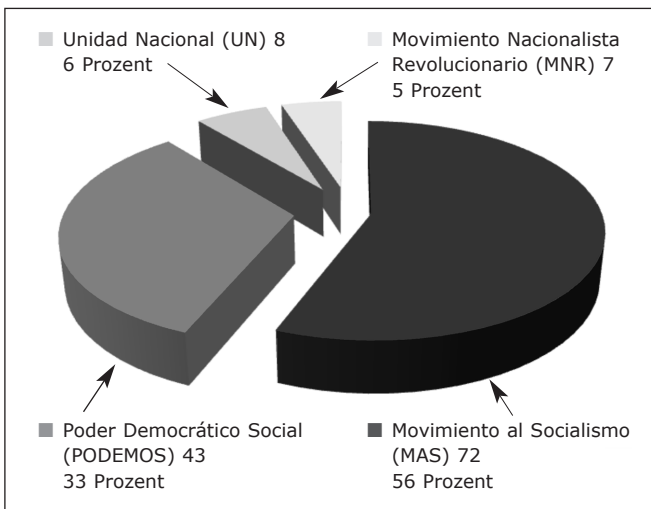
9 | Sinngemäß „Evo hält Versprechen ein“.

tion finanzieren. Beweise konnte er nicht vorlegen. Weiterhin gab es in den letzten Wochen und Monaten wiederholt Vorwürfe, der MAS ziehe öffentlichen Angestellten direkt zwischen drei und 20 Prozent ihres Gehaltes für die Wahlkampffinanzierung ab, obwohl diese Praxis im Transitionswahlgesetz, das die Wahlen am 6. Dezember regelt, explizit verboten ist. Sollten die Angestellten sich weigern, den Beitrag zu zahlen, so werde das sofort der jeweiligen Personalabteilung mitgeteilt und sie müssten um ihre Anstellung fürchten.

Der offizielle Wahlkampf beginnt am 4. Oktober. Die Regierung hat allerdings bereits eine umfassende Informationskampagne über ihre Errungenschaften der letzten Jahre gestartet, die aus Staatsgeldern finanziert wird. Laut dem MAS-Abgeordneten Jorge Silva handelt es sich nicht um illegalen Wahlkampf, sondern um einen umfassenden Plan zur Information der Bevölkerung und der Kontaktaufnahme zu ihr. Grund des bis zur neuen Verfassung bestehenden Verbotes der direkten Wiederwahl des Staatspräsidenten war der Versuch, die Politisierung der öffentlichen Verwaltung zu Wahlzwecken zu verhindern. Die Änderungen im Wahlrecht, basierend auf der neuen Verfassung, begünstigen die Regierungspartei. Die derzeitige Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer und des Senats sieht wie folgt aus:

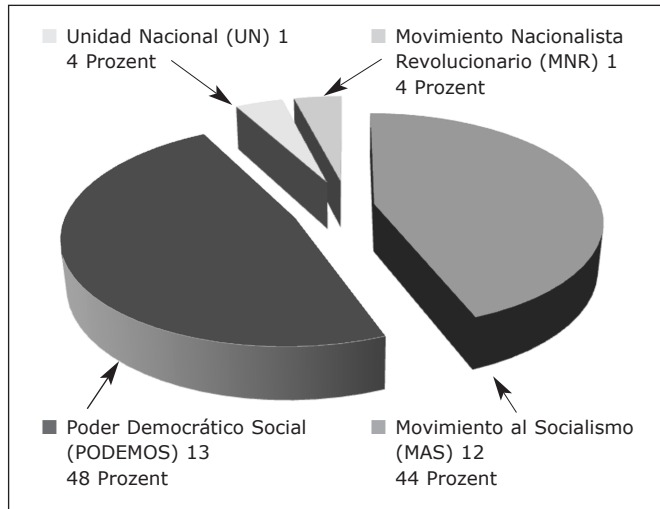
Grund des bis zur neuen Verfassung bestehenden Verbotes der direkten Wiederwahl des Staatspräsidenten war der Versuch, die Politisierung der öffentlichen Verwaltung zu Wahlzwecken zu verhindern.

Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer



Quelle: Eigene Darstellung

Zusammensetzung des Senates



Quelle: Eigene Darstellung

Der MAS verfügt über eine einfache Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung, die Opposition hingegen über eine Mehrheit im Senat. Erklärtes Ziel des MAS bei den anstehenden Wahlen ist die Kontrolle des kompletten Parlaments. Der Senat bestand bisher aus 27 Senatoren, drei pro Departement. Die ersten zwei Senatoren standen der stärksten Partei in einem Departement zu, der dritte Senator der zweitstärksten politischen Kraft. Die Zahl der Senatoren wurde in der neuen Verfassung auf 36 erhöht. Die Sitze werden proportional zum Wahlergebnis zugeteilt. So ist es möglich, dass eine

Durch das neue Wahlrecht kommt es zu einer Überrepräsentierung ländlicher gegenüber städtischer Räume.

Partei in einem Departement alle Senatorenposten gewinnt. Weiterhin kommt es durch das neue Wahlrecht zu einer Überrepräsentierung ländlicher gegenüber städtischer Räume.

Während im fünften Wahlbezirk von El Alto z. B. 125 341 Wähler über die Wahl eines Direktkandidaten fürs Abgeordnetenhaus entscheiden, sind es im Bezirk 68 in Pando nur 4939 Wähler.¹⁰ Der MAS genießt in ländlichen Gebieten besonders hohe Zustimmungsraten.

Die Angst der Opposition vor Wahlbetrug ist groß. Beim Verfassungsreferendum am 25. Januar diesen Jahres war es zu mehreren Unregelmäßigkeiten gekommen. Nach einer Studie im Auftrag des Senatspräsidenten, die mit offiziellen Zahlen

10 | Nach dem alten Wählerregister.

des Nationalen Wahlgerichtes arbeitet, seien die Eintragungen ins Wählerregister zwischen 2005 und 2009 in überdurchschnittlicher Weise gestiegen und zwar vor allem in Wahlkreisen, die Hochburgen des MAS darstellen. In manchen Wahlkreisen, alle mit deutlichen Mehrheiten für das Ja zur Verfassung, hätte dieser Wähleranstieg bis zu 40 Prozent ausgemacht, wobei der nationale Durchschnitt nur bei sechs Prozent lag. Die Zahl der Wahltische mit einer Wahlbeteiligung von über 95 Prozent vervierfachte sich im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2005. Diese Wahltische konzentrierten sich in ländlichen Gebieten mit hohen (in vielen Fällen hundertprozentigen) Zustimmungsraten zur Verfassung. In indigenen Gemeinschaften kommt es oft zum *voto comunitario*, bei dem sich die Gemeinschaft auf einen Kandidaten einigt, für den dann alle stimmen. Die Parteibasis des MAS fördert dieses Phänomen als Strategie für die bevorstehenden Wahlen. Weiterhin siedelte die Regierung zu Wahlzwecken in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche Familien nach Pando um. Das Tieflanddepartement hat bei den letzten Wahlen mehrheitlich gegen Evo Morales gestimmt. Die Wahlkreise zeichnen sich durch eine sehr geringe Wählerzahl aus und durch die Umsiedlung soll eine Mehrheit für den MAS erreicht werden. Die Hoffnung besteht, dass durch die bisher erfolgreich vonstatten gehende Einführung des biometrischen Wählerregisters die Möglichkeiten des Wahlbetrugs eingeschränkt werden.

KANDIDATEN UND PROGRAMME

Um an den Wahlen teilnehmen zu können, müssen die Kandidaten für eine vor dem Nationalen Wahlgericht registrierte Partei, Bürgerbewegung oder für ein registriertes indigenes Volk kandidieren. Obwohl die traditionellen Parteien keine Rolle mehr spielen, verfügen einige von ihnen noch über die begehrte Rechtspersönlichkeit. Der derzeitige Wahlprozess macht deutlich, dass eine starke Fixierung auf Kandidaten und nicht auf Programme besteht. Viele der Parteien existieren eigentlich nur noch auf dem Papier und verhandelten mit den attraktivsten Kandidaten, um ihnen ihre Rechtspersönlichkeit zu überlassen. Die im gegenwärtigen Parlament stärkste Oppositionskraft, PODEMOS, tritt bei den Wahlen nicht mehr an. Bei PODEMOS handelte es sich mehr um ein Zweckbündnis verschiedener politischer Gruppierungen als um eine Partei. Dies wurde in den letzten Jahren

Der derzeitige Wahlprozess macht deutlich, dass eine starke Fixierung auf Kandidaten und nicht auf Programme besteht.

deutlich, da es kaum Fraktionsdisziplin unter den Parlamentariern gab. Der Senatspräsident von PODEMOS, Oscar Órtiz, distanzierte sich dieses Jahr vom PODEMOS-Vorsitzenden und Ex-Präsidenten Jorge Quiroga. Zahlreiche PODEMOS-Parlamentarier verhandelten mit aussichtsreicheren Oppositionskandidaten, um in ihre Listen aufgenommen zu werden, und so sah sich Jorge Quiroga gezwungen, am 5. September 2009 seine Kandidatur zurückzuziehen.

Ähnlich erging es dem MNR, der einzigen traditionellen Partei, die die Umbrüche der letzten Jahre überlebt hatte. Zum Präsidentschaftskandidaten wählte die Parteiführung Germán Antelo, einen Neurochirurgen aus Santa Cruz, der das Comité Cívico und andere wichtige politische Organisationen im Departement geleitet hatte, der allerdings bis zum Zeitpunkt seiner Kandidatur kein Parteimitglied war. Seine Bestimmung zum Präsidentschaftskandidaten löste Protest bei der Parteibasis aus, die Recht behalten sollte. Wenige Tage vor der Abgabefrist der Kandidatenlisten an das Nationale Wahlgericht drehte Germán Antelo dem MNR den Rücken und nahm ein Angebot des Kandidaten Manfred Reyes Villa an, in dessen

Seit 50 Jahren ist dies die erste Wahl, an der der MNR nicht teilnehmen wird.

politischem Projekt er nun in Santa Cruz für den Senat kandidiert. Seit 50 Jahren ist dies die erste Wahl, an der der MNR nicht teilnehmen wird. Die einzigen auch im gegenwärtigen Parlament vertretenen Parteien, die an den Wahlen teilnehmen werden, sind Unidad Nacional und MAS.

Monatelang bemühte sich die Opposition, eine breite Allianz zu schmieden, um bei den Wahlen am 6. Dezember bessere Chancen gegen den in den Umfragen weit vorne liegenden Evo Morales zu haben. Nachdem lange Zeit der politisch der Mitte zuzuordnende Victor Hugo Cárdenas und der Zementunternehmer und Vorsitzende der Partei Unidad Nacional, Samuel Doria Medina, unter den Oppositionskandidaten die Nase vorn hatten, nahmen die Dinge in der letzten Woche vor dem Abgabetermin der Wahllisten an das Nationale Wahlgericht eine überraschende Wendung. Der ehemalige ADN- und NFR-Politiker Manfred Reyes Villa, vierfacher Bürgermeister von Cochabamba und anschließend Präfekt des gleichnamigen Departements, spielte seine Karten geschickt aus. Nachdem der Versuch einer Allianz zwischen Victor Hugo Cárdenas, der Politikwissenschaftlerin Jimena Costa, dem ehemaligen Präfekten von La Paz, José Luis Paredes, und Manfred Reyes Villa an der Kandidatenfrage gescheitert war, präsen-

tierte dieser als seinen Mitstreiter um das Amt des Vizepräsidenten den Präfekten von Pando, Leopoldo Fernández¹¹. Dieser kann auf eine lange politische Karriere zurückblicken: Er war für seine Partei ADN dreimal Abgeordneter, dreimal Senator und er wurde 2005 für PODEMOS zum Präfekten von Pando gewählt. Er sitzt seit einem Jahr in La Paz im Gefängnis, ohne dass ihm jedoch der Prozess gemacht worden wäre. Ihm wird von der Regierung vorgeworfen, für die gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Landarbeitern und Vertretern der departamentalen Autonomiebewegung in Pando im September 2008 verantwortlich gewesen zu sein, bei denen es mehrere Tote gab. Während ein Teil der Bevölkerung davon ausgeht, dass Leopoldo Fernández zu Unrecht im Gefängnis sitzt, repräsentiert er für einen anderen Teil den typischen traditionellen Politiker. Durch diesen Schachzug sicherte sich das Duo die Unterstützung der Präfekten von Beni, Tarija und Chuquisaca sowie der politischen Elite von Pando. Santa Cruz möchte keine Partei ergreifen. Als Gegenzug für die Unterstützung konnten die politischen Bündnispartner in den jeweiligen Departements die Kandidaten für die Parlamentswahl aufstellen. Reyes Villa und Fernández treten mit der Partei Plan Progreso para Bolivia – Convergencia Nacional (PPB-CN) an. PPB ist die Partei des ehemaligen Präfekten von La Paz, José Luis Paredes, der sich bereit erklärt hatte, Manfred Reyes Villa zu unterstützen. Zusätzlich hat Reyes Villa zahlreiche Abkommen mit politischen Organisationen getroffen, die in der Convergencia Nacional aufgehen. Ein wirkliches Wahlprogramm besteht nicht. Erst seit einigen Tagen werden klare Ziele formuliert. PPB-CN versteht sich vor allem als Gegenbewegung zu Evo Morales, um die Demokratie und Institutionalität in Bolivien aufrechtzuerhalten. Im politischen Bereich strebt die Bewegung eine Verfassungsänderung an, um die Gleichheit aller Bolivianer zu garantieren. Die Dezentralisierung über Autonomien soll gefördert werden. Im wirtschaftlichen Bereich tritt PPB-CN für eine Öffnung der Märkte an.

Während ein Teil der Bevölkerung davon ausgeht, dass Leopoldo Fernández zu Unrecht im Gefängnis sitzt, repräsentiert er für einen anderen Teil den typischen traditionellen Politiker.

Samuel Doria Medina, Präsidentschaftskandidat für Unidad Nacional, verfügt ebenfalls über politische Erfahrung. Von 1989 bis 1993 war er unter der MIR-Regierung von Jaime Paz Zamora Planungsminister. 2002 gründete er die UN. Der bis-

11 | Leopoldo Fernández ist inzwischen von seinem Amt als Präfekt zurückgetreten, um an der Wahl teilnehmen zu können.

her unbekannte ehemalige Gewerkschaftsführer und Kleinunternehmer Gabriel Helbing ist sein Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten. Sein Wahlkampfleiter ist der Senatspräsident Oscar Órtiz, der für die UN als Senator in Santa Cruz kandidiert. Samuel Doria Medina war der einzige Kandidat, der schon vor Monaten ein Wahlprogramm vorlegte, wenn auch nur im wirtschaftlichen Bereich. Die Schaffung produktiver Arbeitsplätze steht im Mittelpunkt. Die Produktion und der Export von Lebensmitteln ist vorgesehen. Durch ein vereinfachtes Kreditwesen soll auch Kleinbauern die Möglichkeit gegeben werden, zu produzieren. Eine Weiterentwicklung und Förderung des Tourismussektors wird angestrebt. Die Infrastruktur des Landes, vor allem die Verkehrswege, sollen ausgebaut werden. Im Bildungsbereich schlägt die UN die Einrichtung von Oberschulen mit technischen Schwerpunkten vor. Samuel Doria Medina ist einer der wichtigsten Unternehmer Boliviens. Ihm gehören das Zementunternehmen Soboce, die Kette Burger King, eine Spielzeuggeschäftskette und weitere Unternehmen. Die Wähler trauen ihm Kompetenz im Wirtschaftsbereich zu, betonen jedoch immer wieder, dass er kein Charisma besitzt.

Im Bildungsbereich schlägt die UN die Einrichtung von Oberschulen mit technischen Schwerpunkten vor.

Für den MAS stellen sich Evo Morales Ayma und Álvaro García Linera zur Wiederwahl. Als Hauptachse seines Wahlprogramms nennt der MAS die Industrialisierung Boliviens in den nächsten fünf Jahren. Überwog im Wahlkampf 2005 der politische Diskurs, so konzentriert sich der MAS nun auf wirtschaftliche Themen. Als Basis zur Industrialisierung sollen Erdöl- und Erdgas, elektrische Energie, Lithium, Mineralien und Stahl dienen. Bolivien will in den nächsten Jahren zum führenden Energieproduzenten in der Region aufsteigen. Es sollen unter anderem Autos mit Lithiumbatterien gebaut werden. Im politischen Bereich will der MAS den Prozess des Wandels durch die Implementierung der neuen Verfassung fortsetzen, um allen Bolivianern gleiche Chancen und einen Ausweg aus der Armut zu garantieren. Im Kampf gegen das Verbrechen sollen mehr Polizei eingesetzt und das Strafrecht verschärft werden.

Bei der Zusammensetzung der Wahllisten wurde an der Basis des MAS Kritik an der Parteiführung laut, da indigene Kandidaten zugunsten von Führern sozialer Bewegungen weichen mussten. Immer wieder wird Evo Morales dafür kritisiert, dass er seine Versprechungen gegenüber der indigenen Be-

völkerung nicht wahr mache und es sich um bloße Wahlkampf rhetorik handle. In seinem Kabinett gibt es z. B. nur drei indigene Minister.¹² Um die Mittelklasse anzusprechen, kandidiert als Senatorin für den MAS in La Paz die ehemalige Ombudsfrau Ana María Romero, die hohes Ansehen genießt.

Weitere Kandidaten für die Präsidentschaft sind der vor Kurzem von seinem Amt als Bürgermeister von Potosí zurückgetretene René Joaquino der Partei Alianza Social, der ehemalige Verbündete von Evo Morales und Indigenenführer Alejo Véliz für die Bewegung Pulso (Pueblos por la Libertad y Soberanía), die ehemalige NFR-Senatorin Ana María Flores für MUSPA (Movimiento de Unidad Social Patriótica), der unbekannte Remi Choquehuanca für B.S.D (Bolivia Social Demócrata) und der MAS-Mitbegründer Roman Loayza, der sich von Evo Morales distanzierte, da dieser den Indigenen in seiner Regierung nicht genug Raum gebe, für die Gruppierung Gente. Diese Kandidaten spielen in der Wahlpräferenz der Bevölkerung eine geringe Rolle und da es eine Sperrklausel von drei Prozent für den Einzug ins Parlament gibt, werden viele von ihnen wohl keine Chance haben. Eine Ausnahme bildet der sehr beliebte ehemalige Bürgermeister von Potosí, René Joaquino, der in seinem Departement auf ein gutes Ergebnis hoffen kann.

Der MAS-Mitbegründer Roman Loayza distanzierte sich von Evo Morales, da dieser den Indigenen in seiner Regierung nicht genug Raum gebe.

In den Umfragen liegt Evo Morales mit meistens über 40 Prozent der Stimmen auf nationaler Ebene deutlich vorn. Allerdings sind große Unterschiede zwischen den Werten verschiedener Umfrageinstitute festzustellen, was die Glaubwürdigkeit dieses Instruments fragwürdig erscheinen lässt. Obwohl der Präsident Unterstützung in der Mittelklasse eingebüßt hat, verfügt er vor allem im ländlichen Raum und an den Peripherien der großen Städte weiterhin über eine treue Anhängerschaft. Auf dem zweiten Platz liegt momentan Manfred Reyes Villa, der vor allem in den Tieflanddepartements punkten kann. Auch in Cochabamba steht er mit Zustimmungsraten von über 30 Prozent da, liegt allerdings hinter Evo Morales.¹³

12 | Der Außenminister David Choquehuanca, die Justizministerin Céliam Torrico und die Ministerin für Ländliche Entwicklung Julia Ramos.

13 | Manfred Reyes Villa war nach dem Abberufungsreferendum für den Präsidenten und die Präfekten im August 2008 von seinem Amt als Präfekt zurückgetreten, da er nicht im Amt bestätigt wurde. Genauso erging es José Luis Paredes in La Paz.

Samuel Doria Medina liegt mit ca. zehn Prozent der Wähler-sympathie auf dem dritten Platz.

Im aktuellen Wahlprozess wird deutlich, dass die Politik wieder in alte Schemata zurückfällt. Gonzalo Sánchez de Lozada

Gonzalo Sánchez de Lozada scheiterte in seiner zweiten Amtsperiode, da er mit zu vielen verschiedenen Kräften koalierte und alle zufrieden stellen musste.

scheiterte in seiner zweiten Amtsperiode, da er mit zu vielen verschiedenen Kräften koalierte und alle zufrieden stellen musste. Das stärkste Oppositionsbündnis PPB-CN setzt sich aus zahlreichen Organisationen zusammen, die alle ihr Stück vom Kuchen verlangen werden. Schon

PODEMOS sah sich in der Opposition im Nationalkongress vor diesem Problem, obwohl PODEMOS noch sehr viel homogener war als PPB-CN. Die Gruppierung wird vor allem durch die Opposition zu Evo Morales zusammengehalten. In ihr finden sich Politiker verschiedenster Couleur wieder. Manfred Reyes Villa und Leopoldo Fernández sind dem rechten Spektrum zuzuordnen, doch viele Kandidaten für das Parlament kommen eher aus der linken Ecke. So kandidiert beispielsweise Adriana Gil, die vorher dem MAS angehörte, in Santa Cruz für ein Abgeordnetenmandat für PPB-CN. Es fehlt eine politische Vision und ein Programm, das über die Oppositionshaltung zum MAS hinaus zur Identifizierung mit dieser Gruppierung beitragen könnte.

MUSPA, B.S.D und Gente haben ihre Rechtspersönlichkeit wie auf dem Jahrmarkt angeboten. Gente unterstützte erst die Kandidatur von Victor Hugo Cárdenas, doch als dieser zurücktrat, boten sie sich kurzerhand Román Loayza an, dessen politische Ideen mit denjenigen von Victor Hugo Cárdenas nichts gemeinsam haben. Die Enttäuschung der Bevölkerung mit diesen politischen Akteuren ist vorprogrammiert.

Ausnahmen bilden Samuel Doria Medina und René Joaquino, die zwar kaum mit einer Chance auf die Präsidentschaft rechnen können, aber eine politische Vision haben, die über die Wahlen im Dezember hinausgeht.

SCHLUSSBEMERKUNG

Die Politik der Regierung von Präsident Morales ist hoch ideologisiert. Durch die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 2006, das Abberufungsreferendum im Jahr 2008, das Verfassungsreferendum im Januar 2009 und die anstehenden Wahlen im Dezember befindet sich der MAS

in ständigem Wahlkampf. Die Bedeutung einer guten Verwaltung und des politischen Tagesgeschäfts scheint für die Regierungspartei zweitrangig zu sein. Dementsprechend fällt auch die Bilanz der bisherigen Regierungsführung aus.

Die Bedeutung einer guten Verwaltung und des politischen Tagesgeschäfts scheint für die Regierungspartei zweitrangig zu sein.

Der Verfassungsprozess beherrschte die ersten drei Jahre der Regierung Morales, und das Ergebnis ist bescheiden. Die Verfassunggebende Versammlung scheiterte, der endgültige Verfassungsentwurf entstand in irregulärer Weise und das Ergebnis scheint in vielen Punkten nicht umsetzbar zu sein. Die Legitimität der neuen Verfassung ist gering. Die bolivianische Wirtschaft fußt auf zwei Sektoren: Dem Erdgas- und Erdölsektor und dem Bergbausektor. Dies begründet die starke Abhängigkeit der Wirtschaft und auch der Staatseinnahmen von externen und von Bolivien nicht beeinflussbaren Faktoren wie den Weltmarktpreisen für Rohstoffe. Eine Diversifizierung der Wirtschaft und eine Arbeitsplätze schaffende Investition der hohen Gewinne aus den oben genannten Sektoren wurde von der Regierung nicht vorgenommen. Dem MAS ist es nicht gelungen, die Korruption in der öffentlichen Verwaltung effizient zu bekämpfen. Der Demokratieabbau ist besorgniserregend, weil er Folgen für die Wahrung der Menschenrechte und für die Stabilität demokratischer Institutionen mit sich bringt.

Die Bolivianer haben sich 2005 für Evo Morales entschieden, da sie kein Vertrauen mehr in das traditionelle Parteiensystem besaßen und von der neuen Regierung eine ethische Politik und einen entschiedenen Kampf gegen die Korruption erwarteten. Es ist offensichtlich, dass auch die MAS-Regierung diese Probleme nicht überwinden konnte. Trotzdem verfügt der Präsident weiterhin über eine breite Unterstützung im ländlichen Raum sowie bei den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Allerdings wird ebenfalls deutlich, dass es der Opposition nicht gelungen ist, eine attraktive Alternative zu Evo Morales anzubieten. Manfred Reyes Villa und Leopoldo Fernández sowie Samuel Doria Medina repräsentieren das alte System, das überwunden werden sollte. Durch die vielfältigen Abkommen, die vor allem PPB-CN geschlossen hat, um sich Unterstützung zu sichern, kommt die Frage auf, ob ein solches Zweckbündnis ohne klare Ideologie überhaupt regierungsfähig wäre.

Es wird deutlich, dass es der Opposition nicht gelungen ist, eine attraktive Alternative zu Evo Morales anzubieten.

Da ein Sieg gegen Evo Morales bei der kommenden Wahl sehr unwahrscheinlich ist, muss es der Opposition darum gehen, möglichst viele Sitze in der Asamblea Legislativa Plurinacional zu besetzen, um auf demokratischem Weg dem Hegemonieprojekt des MAS Einhalt zu gebieten und die Implementierung der Verfassung durch die Verabschiedung der Ausführungsgesetze mitzugestalten.

BIBLIOGRAPHIE

Fundación Milenio (2009), *Informe de Milenio sobre la Economía*, La Paz

Stefan Jost (2007), „Das politische System Boliviens“, in: Klaus Stüwe / Stefan Rinke (Hgg.), *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*, Wiesbaden

Detlef Nolte (2009), „Verfassungspopulismus und Verfassungswandel in Lateinamerika“, in: *GIGA Focus Nr.2*, Hamburg

Polilat/Konrad-Adenauer-Stiftung (2009), *Índice de Desarrollo Democrático de América Latina IDD-LAT 2009*, Buenos Aires

Salvador Romero Ballivián (2009), *Diccionario biográfico de parlamentarios*, La Paz

Zahlreiche Ausgaben der Tageszeitungen *La Razón* und *La Prensa*